



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919-

Deutschlands Programm in der Marokkofrage. Friedrich von Holstein.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76985](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76985)

sammen, der, siegreich wie kein anderer, nach 1871 in weiser Mäßigung auf Enthaltbarkeit gedrungen hatte. Wie viele andere hatte auch Maximilian Harden, der schneidigste deutsche Publizist jener Tage, diese Entwicklung durchgemacht. Als Bewunderer Bismarcks war er nicht müde geworden, ihn selbst zu preisen und den Prunkreden Wilhelms II. entgegenzutreten, die, obwohl der Kaiser friedlich handelte, den Völkern ringsum nur zu oft die Spitze des deutschen Schwertes zeigten. So hatte es Harden noch in den ersten Jahren nach Bismarcks Tode gehalten, besonders als der Kaiser am 27. Juli 1900 die berühmte Hunnenrede gegen den chinesischen Völkeraufstand hielt (Bd. I, S. 322). Dann aber bog Harden in die Linie der Eroberungspolitik ein. Als die Engländer und Franzosen sich am 8. April 1904 einigten, das Mitteländische Meer unter sich zu teilen, lehnte sich Harden gegen die von ihnen vereinbarte Zurücksetzung Deutschlands auf. In dem Aufsatz vom 23. April sagte er sich von dem Kernsatz der Bismarckschen Politik, Deutschland sei saturiert, ausdrücklich los und schrieb:

„Wir sind nicht saturiert. Wir brauchen fruchtbares Land, brauchen, seit die Großindustrie sich in Treibhaushitze entwickelt, der standard of life der Nation weit über alle Gewohnheit erhöht worden ist, offene Riesengebiete, die unsere Waren zu anständigem Preise kaufen. Sonst verzwerger wir uns nach und nach zu einem zweiten Belgien.“

Wohl mahnt Harden, zur Erreichung dieser Ziele neue Bündnisse zu suchen, aber auch ohne solche hält er Deutschland für stark genug, sich Geltung zu verschaffen. Obwohl er nicht zu den Alldeutschen gehörte, stimmte er doch einer ihrer Hauptforderungen zu, der nach umfangreichen überseeischen Erwerbungen.

*

Deutschlands Programm in der Marokkofrage. Friedrich von Holstein

Das war die Stimmung, die der Regierung aus der öffentlichen Meinung entgegenschlug. Die Verdröffenheit über die Verdrängung Deutschlands vom Mitteländischen Meer war allgemein, nur mahnten die

Parteien der Linken, sich darob nicht zu hitzigen Schritten fortreißen zu lassen, und auch in der „Kreuzzeitung“ entwickelte Theodor Schiemann am 29. Juni 1905, in Marokko habe sich Deutschland nur wirtschaftliche und nicht politische Ziele zu setzen. Nun aber spitzten sich die Dinge im scharifischen Reiche so zu, daß Frankreich immer schärfer ausgriff; es trat in Fez geradezu als Herr auf. Im Winter 1904 erhielt der Gesandte Saint-René-Taillandier eine ausführliche Weisung zum Handeln. Er traf am 21. Februar 1905 in Fez ein und hatte vom Sultan aufs bestimmteste (en termes pressants) zu verlangen, dieser solle seine Truppen von französischen Offizieren ausbilden und die Zölle unter Aufsicht französischer Oberbeamter einheben lassen. Seinen Auftrag erfüllend, sprach er mit dem Sultan wie mit einem Vasallen. In seiner Not wandte sich dieser an die deutsche Regierung und fragte, ob denn die Behauptung Taillandiers, seine Forderungen seien im Namen Europas vorgebracht, auf Wahrheit beruhe. Man hat später in Paris in Abrede gestellt, daß der Gesandte etwas Derartiges gesagt hätte; das war jedoch gegenüber der Größe der erhobenen Ansprüche nebensächlich.

Unter diesen Eindrücken reifte in Berlin der Entschluß kräftiger Abwehr. Es war notwendig, der Welt zu zeigen, daß Deutschland noch eine Großmacht sei; am allerwenigsten wollte es sich gefallen lassen, daß die französische Regierung bei dem marokkanischen Sultan im Namen Europas, also auch in seinem, das Wort führte. Dies gab den Ausschlag: das Deutsche Reich sollte der französischen Republik wieder in Erinnerung gebracht werden.

Wo aber den Hebel ansetzen? In diesem Belang wurde vor allem Holstein gehört, der vielvermögende Rat im Ministerium des Aeußeren. Von ihm war bereits die Rede, als er nach dem Rücktritte Bismarcks die Lösung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland anregte und durchsetzte (Bd. I, S. 120). Seitdem stieg er noch zu größerem Einflusse empor, um gerade aus diesem Anlasse zu Falle zu kommen.

Bülow war der vierte Reichskanzler, dem sich Holstein unentbehrlich machte. Dabei stand er Bülow menschlich näher als dessen Vorgängern; denn der zwölf Jahre ältere Geheimrat schätzte die Begabung des jüngeren Diplomaten hoch und förderte ihn, der immer im Ausland tätig war, vom Ministerium aus auf jede Weise, er räumte ihm manches Hindernis aus dem Wege. Als Bülow Reichskanzler wurde, bot er Holstein das Amt des Staatssekretärs an, nicht bloß

aus Dankbarkeit, sondern in Anerkennung der überragenden Kenntnisse, die Holstein in den Geschäften besaß. Indessen lehnte dieser den Ministerposten ab und begnügte sich mit der bisherigen Stellung eines Stellvertreters des Unterstaatssekretärs. Als Grund gab er seine unüberwindliche Abneigung gegen die gesellschaftlichen Pflichten mit ihrem Prunk und Schein an, das wahre Motiv jedoch war die Scheu vor der Öffentlichkeit, hervorgerufen durch die bittere Feindschaft der Anhänger des toten Bismarck, die ihm die Hauptschuld an dem Falle des großen Kanzlers zuschrieben. Er wußte, daß sie aus seinem Leben das Geheimste ans Tageslicht ziehen würden; schonungslos wäre ihm als Minister auch vorgehalten worden, was er dem Botschafter Grafen von Arnim, seinem Vorgesetzten in Paris, angetan hatte. Er zog es also vor, auf seinem dem Range nach bescheidenen Posten im Ministerium des Äußeren zu bleiben und von hier aus die Drähte zu ziehen. Harden, der ihn genau kannte, deckte nach dem Tode Holsteins die Widersprüche in dessen Innern auf und faßte sein Urteil dahin zusammen: „Eigensinniger Wille zur Macht in der Seele eines Empfindsamen, der grelles Licht nicht verträgt und unter öffentlicher Kritik wie unter frecher Entschleierung seiner Scham erschauert: ein politisch und psychologisch schwieriger Fall.“

Statt seiner wurde Freiherr von Richthofen zum Staatssekretär ernannt, der es aber nur dem Namen nach war, da Holstein der maßgebende Mann blieb. Dessen Arbeitszimmer lag neben dem Richthofens, und er trat, wann immer es ihm beliebte, bei dem Minister ein, ihn befragend, was die fremden Gesandten gebracht hätten; beim Reichskanzler war er für das zu Verfügende maßgebend. Begreiflich, daß Richthofen sich gedemütigt fühlte und gegen den gefürchteten Untergebenen Widerwillen empfand. Die Sachkunde und der Scharfsinn Holsteins konnten aber auch von ihm nicht bestritten werden. Zeitweise war Holstein so gereizt gegen seinen Vorgesetzten, daß er bei Bülow auf dessen Entfernung hinarbeitete und am 1. Juli 1904 sein Abschiedsgesuch einreichte, weil Bülow nicht auf seinen Antrag einging; nur mit Mühe ließ sich Holstein besänftigen.

Sein Ansehen im Amt brachte es mit sich, daß die deutschen Diplomaten, wenn sie von ihrem Posten nach Berlin kamen, sich in seinem Vorzimmer drängten, mancher nicht ohne Selbstüberwindung, viele aber auch gefesselt von der seltenen Persönlichkeit. Doch stimmten sie darin überein, daß Holstein stärker war im Zergliedern als im Aufbauen.

Das Schlimmste war das Holstein zerwühlende Mißtrauen; es ging ins Krankhafte und mußte behutsam geschont werden. Auf diese Art rächte sich die Schuld, die er Bismarck und Arnim gegenüber auf sich geladen hatte. Er lebte nur den Amtsgeschäften und zog sich immer mehr von den Menschen zurück. Kaiser Wilhelm kannte Holstein, den seine Minister als überaus fähigen Beamten schilderten, kaum von Angesicht. Im Winter auf 1905 äußerte der Herrscher zu Bülow den Wunsch, Holstein bei einer Mahlzeit im Hause des Reichskanzlers zu sehen. Holstein erhielt eine Einladung, bat jedoch, ihn zu entschuldigen, da er keinen Frack besäße. Als der Kaiser auf seinem Wunsche beharrte, stellte sich Holstein natürlich ein, aber — wie scherzhaft behauptet wurde — mit einem entlehnten Frack. So weltfremd war der Mann geworden, der in jungen Jahren in der Pariser Gesellschaft heimisch gewesen. Beim Kaiser waren seine Fürsprecher Bülow und Graf, später Fürst Eulenburg, der dem Herrscher lange Zeit nahe stand. Dies genügte ihm, da er durch Erscheinen bei Hofe seine zahlreichen Gegner nicht noch mehr reizen wollte. Aber mehr als unter deren Haffe litt er durch den eigenen Argwohn, der ihn überall Feinde witztern ließ.

Holstein war durch die Schule Bismarcks gegangen, aber der erste Kanzler hatte es ganz anders verstanden, die fremden Kabinette nach den Bedürfnissen Deutschlands zu schieben und zu gewinnen. Freilich muß festgestellt werden, daß Holstein nicht allmächtig war, daß manches auch gegen seinen Rat geschah. Der Hauptunterschied zwischen seiner Methode und der Bismarcks war, daß dieser das Verhältnis zu Rußland mit peinlicher Sorgfalt pflegte, während Holstein in stolzer Zuversicht auf die Macht des Reiches die engere Verbindung mit dem Zarenreiche zwar für wünschenswert, aber nicht für unerläßlich hielt. Er behandelte die Staaten, außer denen des Dreibundes, mit kühlem Stolz. Indessen machte er zwischen England und Frankreich einen bestimmten Unterschied. Nach seiner Ansicht tat die deutsche Regierung gut daran, sich auf freundschaftlichen Fuß mit Großbritannien zu stellen. Aus diesem Grunde war er einer ausgreifenden Flotten- und Kolonialpolitik abhold; hier jedoch hatte sein Einfluß eine Grenze, da der Kaiser und Bülow andere Wege gingen. Mit den Briten, so behauptete Holstein, lasse sich leben, während die Franzosen unveröhnlich und immer eine Gefahr für den Weltfrieden seien. Jeder Annäherungsversuch würde von ihnen nur als Zeichen der Schwäche

gedeutet und steigere ihre Begierde nach Vergeltung für 1870. Nicht daß er sie gering achtete, er war vielmehr ein Kenner und Schätzer ihrer Literatur. Auch verwarf er gleich dem Fürsten Bismarck den Gedanken an einen Vorbeugungskrieg. In der Annahme, sie seien unverbesserlich, hielt er es aber für notwendig, von Zeit zu Zeit die Schneide des deutschen Schwertes zu zeigen. Auf diese Art mußten sie gewarnt und abgefühlt werden. Das empfahl er auch in seinen der marokkanischen Frage gewidmeten Denkschriften. Da die französische Regierung sich über Deutschland hinwegsetzte, sollte sie hören und wissen, daß sie ohne dessen Zustimmung auf keine Gebietsausdehnung rechnen dürfe. Er drängte zu kräftigem Eingreifen, da Deutschlands Ansehen in der Welt sonst tief sinken würde. Es war einer seiner Vorwürfe gegen Richthofen, und deshalb hatte er sich im Sommer 1904 gegen ihn gewendet, weil er ihm Schuld gab, in den Welthändeln nicht kräftig genug aufgetreten zu sein. Er überzeugte den Reichskanzler, daß das Gewährenlassen der zwei Westmächte in allen Mittelmeerangelegenheiten, zumal in Marokko, der Macht- und Weltstellung Deutschlands abträglich sei.

Aber diese Gesichtspunkte, wie in betreff des Frankreich gegenüber einzuschlagenden Verfahrens kam es zwischen Bülow und Holstein zu vollständiger Einigung, und der Kaiser gab seine Zustimmung. Es blieb dabei, daß Deutschland für sich keinen Anspruch auf marokkanisches Gebiet erhob, es forderte aber dieselbe Uneigennützigkeit von Frankreich. Die Republik sollte aus ihrer Verbindung mit England nicht den erhofften Vorteil ziehen. Hauptpunkt des also entworfenen deutschen Programms war, daß Marokko ein selbständiger Staat bleiben sollte und dabei auf den Schutz des Deutschen Reiches rechnen konnte. Die Handhabe zum Eingreifen war der deutschen Regierung durch frühere Verträge gegeben, in erster Linie durch das Ergebnis der 1880 zu Madrid abgehaltenen Staatenkonferenz. Damals waren die am Handel mit Marokko beteiligten Staaten (Deutschland, Frankreich, England, Osterreich-Ungarn, Italien, Spanien, die Vereinigten Staaten und Holland) übereingekommen, daß vom scherifischen Kaiserreiche den Untertanen irgendeines fremden Staates Vorzugsrechte nicht gewährt werden durften. Wenn also Frankreich, dies der Gedankengang Holsteins, das wirtschaftliche oder politische Übergewicht in Marokko an sich ziehen wollte, so mußten die übrigen Staaten um ihre Einwilligung gefragt werden. Abgesehen übrigens von dem Madrider Verträge be-

stand seit 1880 auch ein Handelsabkommen Deutschlands mit Marokko, in welchem den Deutschen Meistbegünstigung eingeräumt war. Darauf berief sich das Berliner Kabinett, um den Vorstoß der französischen Regierung nötigenfalls allein abzuwehren, wenn die anderen Staaten sich nicht sollten einmengen wollen. Frankreichs Protektorat über Marokko konnte also nur aufgerichtet werden, wenn Deutschland politisch oder militärisch niedergedrungen war, und darauf wollte das Berliner Kabinett es ankommen lassen. Es befand sich in der günstigen Lage, sich auf das internationale Recht stützen zu können.

Das Programm Hofsteins baute sich streng logisch auf, somit standen sich die Kabinette von Berlin und Paris Aug in Aug gegenüber. Der deutsche Geschäftsträger in Marokko, Rühlmann, eröffnete seinem französischen Kollegen, daß Deutschland durch den englisch-französischen Vertrag, der ihm nicht einmal mitgeteilt worden war, nicht gebunden sei; und das wurde in Berlin dem Botschafter Bihourd bestätigt. Lebhafter Widerspruch erfolgte seitens der französischen Regierung, in deren Namen Delcassé am 31. März in der Kammer zu verstehen gab, er sei entschlossen, sich auf dem betretenen Wege durch den deutschen Widerspruch nicht beirren zu lassen. Und doch wäre das Natürlichste gewesen, daß das Pariser Kabinett, gleich nach der Vereinbarung mit England, sich auch mit Deutschland ins Einvernehmen gesetzt hätte. Das bezeichnete Jaurès als den Grundfehler der französischen Republik, wie er ihr überhaupt „türkische Feindseligkeit“ gegen Deutschland vorwarf. Aber auch Lord Rosebery fand, es sei unstatthaft, eine Macht wie Deutschland in den Welthändeln beiseite zu schieben. Dieses Verfahren wurde jedoch von Delcassé im Vertrauen auf den Beistand Englands bis kurz vor seinem Falle abgelehnt.

*

Kaiser Wilhelm in Tanger

Um der französischen Regierung den Ernst der Lage klar zu machen, griff auf Vorschlag seiner Ratgeber Kaiser Wilhelm in eigener Person ein. Am 23. März 1905 stach er zu Bremerhaven in See und fuhr über Lissabon ins Mittelländische Meer. Auf dieser Reise gedachte er